

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849**

7.1.1849 (No. 6)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 7. Januar.

N. 6.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einsendungsgebühr: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Karlsruhe, 6. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben durch höchste Order vom 2. Januar d. J. gnädigst geruht:

den Hauptmann Ludwig im 4. Infanterieregiment auf sein Ansuchen und auf den Grund der Entscheidung der Superarbitrationskommission für Offiziere und Kriegsbeamte bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand und zur Suite der Infanterie zu versetzen;

den Oberleutnant Schwarz im Leib-Infanterieregiment unter Versetzung zum 4. Infanterieregiment zum Hauptmann, und

den Leutnant Lang im 1. Infanterieregiment zum Oberleutnant zu befördern;

den Oberleutnant von Stetten, Adjutant des Kommandanten des Armeekorps, dem Leib-Infanterieregiment einzuverleihen und als Lehrer zu der Kriegsschule zu befehligen; endlich nachbenannte Offiziere, welche sich in besondern Funktionen befinden, den verschiedenen Regimentern und Truppenkörpern, wie folgt, zu aggregiren:

Oberleutnant von Roggenbach in der taktischen Sektion des Generalstabs des Dragonerregiment Großherzog;

Major Rung in der taktischen Sektion des Generalstabs dem Leib-Infanterieregiment;

Major von Böck, Mitglied des Kriegsministeriums, dem 1. Infanterieregiment;

Hauptmann von Göler in der taktischen Sektion des Generalstabs der Artilleriebrigade;

Hauptmann von Renz in der taktischen Sektion des Generalstabs dem 2. Infanterieregiment;

Hauptmann Keller in der taktischen Sektion des Generalstabs dem 3. Infanterieregiment;

Hauptmann Baier in der Ingenieursektion des Generalstabs dem 4. Infanterieregiment;

Oberleutnant von Renz in der Ingenieursektion des Generalstabs dem Leib-Infanterieregiment;

Oberleutnant von Fischer in der Ingenieursektion des Generalstabs dem 1. Infanterieregiment;

Oberleutnant Lebeau in der Ingenieursektion des Generalstabs dem 3. Infanterieregiment;

Oberleutnant Heister in der taktischen Sektion des Generalstabs dem 2. Infanterieregiment;

Oberleutnant Sachs in der taktischen Sektion des Generalstabs dem 3. Infanterieregiment;

Oberleutnant Dürr in der taktischen Sektion des Generalstabs dem 4. Infanterieregiment;

Oberleutnant Kraus in der taktischen Sektion des Generalstabs dem Leib-Infanterieregiment;

Rittmeister von Wechmar, Adjutant der Reiterbrigade, dem 1. Dragonerregiment,

Oberleutnant Bauer, Adjutant der 1. Infanteriebrigade, dem 1. Infanterieregiment, und

Oberleutnant Stölzel, Adjutant der 2. Infanteriebrigade, dem 2. Infanterieregiment.

## Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 5. Jan. So oft die Reichsversammlung versucht, über den Bereich der verfassunggebenden Thätigkeit hinaus in die Tagespolitik einzugreifen, eben so oft bereitet sie sich selber eine Niederlage, eine Demüthigung, oder mindestens eine Verlegenheit. Ich will nicht an alle die Beschlüsse der Reichsversammlung erinnern, welche unvollzogen geblieben sind, wenn sie nicht vielleicht gar das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorgebracht haben, — ich will nur von der durch den Wesendonck'schen Antrag aufgeworfenen Frage sprechen, welche die Versammlung gestern nach zehnstündiger Verhandlung in der Luft schwebend ausgab, weil sie keine Art der Lösung für dieselbe ausfindig zu machen wußte.

Eiderlich, ein solches verzagtes Ablassen von einer einmal übernommenen Aufgabe zeugt nicht gerade von Kraft und Selbstgefühl; es ist aber immer noch besser, als alle jene sogenannten energischen Beschlüsse, welche die Linke der Reichsversammlung so oft zugemuthet, und hinter denen sich die Dohnmacht dann erst vollends glänzend offenbart hat. Die Reichsversammlung hat nun einmal keine Macht; sie hat nie eine Macht gehabt, und es ist eine grobe Unwahrheit, wenn man ihr vorwirft, sie habe ihre Macht verschert; eine Albernheit, wenn man sie für den Nichtgebrauch einer Macht verantwortlich machen will, die sie nicht besitzt. Die einzige Frage, welche in diesem Sinne vernünftiger Weise aufgeworfen werden kann, ist die, ob die Reichsversammlung nicht vielleicht Mittel in Händen hatte, in ihrer Mitte oder neben sich eine wahrhafte Regierungsgewalt aufzurichten; mit andern Worten, ob es nicht möglich war, durch die Fortsetzung der bewaffneten Revolution die bestehenden Gewalten zu stürzen und sich in die Erbschaft derselben einzusetzen. Ich meines Theils bin von der Unausführbarkeit eines solchen Unternehmens überzeugt; ich glaube nicht, daß die Throne in Wien, Berlin, München, Hannover &c. sich von Frankfurt aus beseitigen lassen durch eine Versammlung, die bei dem Versuch einer auf den vollständigen Umsturz abzielenden Thätigkeit durch zwei oder drei von Mainz ausrückende Regimenter über Nacht in die Luft

gesprengt worden wäre. Einen Putsch im großen Style, ja einen förmlichen Bürgerkrieg konnte die Reichsversammlung organisiren, nimmermehr aber die Staatsgewalten vernichten, welche von der völlig siegreichen einheimischen Revolution verschont geblieben waren.

Lassen wir indessen den Streit über diese Frage, die in der gegenwärtigen Lage der Dinge völlig müßig ist. Denn darüber ist alle Welt einig, daß jetzt nicht mehr geschehen kann, was nach der Meinung dieser oder jener Partei im Mai möglich war. Alles, was von der Reichsversammlung von irgend einer Seite her jetzt noch verlangt und erwartet werden kann, ist, daß sie eine gute Verfassung für Deutschland zu Stande bringe, deren Verwirklichung sie dem gefunden Sinne des Volks, dem kräftigen Nationalwillen, und, wenn nicht dem deutschen Patriotismus der Einzelstaaten, so doch wenigstens der verständigen Berechnung derselben anheimstellen muß. Jeder Augenblick, den die Reichsversammlung von dieser Aufgabe abgelenkt wird, welcher sie sich schon seit Monaten ausschließlich hätte widmen sollen, ist reiner Verlust für Deutschland; denn es ist klar, daß die Vollendung derselben von Tag zu Tag schwieriger wird. Wenn man indessen von Unterhandlungen der Regierungen zu Vereitlung der Verfassung, von förmlichen Koalitionen gegen die Idee der Einigung Deutschlands spricht, so kann ich solche Gerüchte nur für Verleumdungen — wiederum nicht der vaterländischen Gesinnung, wohl aber des gesunden Menschenverstandes Derjenigen halten, gegen welche sie gerichtet sind.

Frankfurt, 5. Jan. Für die wichtigsten Fragen, welche jetzt der Lösung harren, war der heutige Tag von unberechenbarer Bedeutung. Wie man spät Abends erfährt, hat das Reichsministerium heute nach langer Verathung den Beschluß gefaßt, das Programm in so weit zu modifiziren, daß auf gesandtschaftliche Unterhandlung mit Oesterreich verzichtet wird. Ein am Abend von Hrn. v. Schmerling abgefertigter Kurier überbringt diese Nachricht nach Olmütz, während andererseits ein großer Theil der Reichstags-Abgeordneten eingeschlossen scheint, das ministerielle Programm aufzunehmen und das Aeußerste daran zu wagen, die durch diplomatische Ränke und dynastische Intrigen gefährdete Einheit Deutschlands nach dem längst erkannten Bedürfnis der Nation und mit Aufbietung der ganzen Volkskraft durchzusetzen.

Es ist nicht zu verkennen, daß wir plötzlich in den Wendepunkt der mächtigen Bewegung des vorjährigen Jahres getreten sind. Die nächste Woche wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Entscheidung bringen, da die Verathung über den Ausschußbericht in der österreichischen Frage am Montag beginnen soll. Bis heute hatte die Kommission ihren Beschluß noch nicht gefaßt, da sie erst gegen Abend die offizielle Mittheilung von den neuesten Erklärungen des österreichischen Ministeriums empfing. Die Abstimmung steht auf morgen Vormittag zu erwarten und wird dem Vermuthen nach gegen das Programm ausfallen.

Als einen bezeichnenden Umstand erzählt man, daß heute Graf Wich zum Reichsverweser berufen wurde, — wie es heißt, um mit ihm wegen Uebernahme des Ministeriums des Innern zu unterhandeln.

## Die Reichsfestung Raftatt.

6.

Wenn man bemerkt, daß die Befestigung von Paris fast zu gleicher Zeit mit der von Raftatt beschlossen worden ist, so wird man den Betrieb des deutschen Baues nicht eben rasch finden. Die Klagen über das langsame Vorrücken der Werke waren allerdings sehr verbreitet. Wenn wir aber auch nicht in Abrede stellen wollen, daß manche Geschäfte der unmittelbaren obern Leitung einfacher betrieben, daß besonders alle Einleitungsarbeiten weit schneller gefördert werden konnten, und wenn wir gerne zugestehen, daß die Leistungen des Jahres 1848 thatsächlich zeigten, wie viel mehr in früheren Jahren hätte vollbracht werden können, so müssen wir auch den eigenthümlichen Verhältnissen gerechte Rechnung tragen. Jeder große Bau rückt in seinen früheren Epochen langsamer, als in seinen spätern vor. Die Hauptursache der langsameren Ausführung lag indes wohl in dem Umstande, daß gleich Anfangs die Baueit auf acht Jahre festgesetzt, und daß demnach in dieser Unterstellung die Gelder flüssig gemacht wurden. Nicht viele Bundesstaaten hätten sich aber herbeigelassen, die Termine zur Leistung ihrer Beiträge einem nationalen Interesse zuliebe zu verfürzen.

Die Reichsfestung Raftatt, jetzt verteidigungsfähig, ist immerhin ein stattlicher Platz; wenn er seine Schwächen hat, so sind ihm manche eigenthümliche Vorzüge unbestritten. Diese hat die Freiheit des ordnenden Gedankens erworben,

\*) Nach der jüngsten Gehaltung der Dinge scheinen es ja eben die Volkskräfte zu sein, welche für die Zerstückelung wirken, da jeder weber Volksthaunm sich nur unter der Bedingung einem nationalen Mittelpunkt unterordnen will, daß man ihn an die Spitze stelle. Eine Regierung für sich allein wäre nicht Manns genug, Dypotiten zu machen. A. d. R.

jene aber hat größtentheils die Aengstlichkeit untergeordneter Rücksichten verschuldet. Das System ist einfach und großartig; wir denken, es soll sich bereinst bewähren. Man hat gesunde, aber fast vergessene Ideen uralter Meister verwendet, und das Prinzip der neuen Befestigung harmonisch und folgerecht durchgeführt. Man freut sich der großen Räume innerhalb der allgemeinen Umfassung und in dem Umfang der einzelnen Werke. In den Höfen der Kernwerke können Bataillone aufgestellt, in den gedeckten Räumen derselben große Abtheilungen bequem, gesund, und gesichert untergebracht werden, ohne die Geschützstände zu hindern. Den Verteidigern ist überall eine freie Bewegung gesichert. Die Feuerlinien liegen wunderbar schön gegen einander. Es gibt keine todtten Winkel und keine unbestrichenen Räume; nach jedem Punkte können bedeutende Feuermassen wirken, welche der Feind nicht leicht gewältigen kann. Der Artillerie ist ein großer Wirkungsbereich gegeben. Die Stärke des Platzes wird sich nicht in den ersten Epochen der Belagerung herausstellen; ja wir sind sogar zu glauben geneigt, daß diese nicht unbedeutend verkürzt werden können; aber die eigentliche Verteidigung wird dort beginnen, wo sie bei der französischen Befestigungsmanier zu Ende geht.

Die Detailkonstruktionen sind meistens gut gedacht, und die Ausführungen, besonders die der letzten Jahre, sind solid, genau, und, so viel es die Sparsamkeit erlauben wollte, selbst nicht ohne Zierrlichkeit.

Die Ingenieure, wir sprechen es mit Freuden aus, haben ihre Schuldigkeit gethan.

Wir wollen weder auf die Militärkommission des Bundestages, noch auf das Reichsministerium einen Tadel werfen, denn wir wissen die Schwierigkeiten ihrer Stellung recht wohl zu beurtheilen; aber wir müssen unsere Stimme gegen die Sonderinteressen erheben, welche jenen ihr Verhältnis so peinlich erschwert haben. Auf diese fällt der Vorwurf, daß sie dem Nationalgefühl keine Rechnung trugen, — daß sie in ruhiger Zeit um kleine Summen markten konnten, wo die Erhaltung der schönsten Provinzen, wo das Schicksal eines Felszuges, die Geltung des deutschen Namens, und die nie besleckte Ehre der deutschen Waffen in Frage steht. Wir sträuben uns mit allen Kräften gegen den Glauben, daß man die hohe politische Wichtigkeit einer ernsthaften Verteidigung der Grenzlande nicht erkennen, daß man diese dem scheinbaren Vortheil innerer Länder oder den Folgerungen strategischer Schulbegriffe opfern wolle; wir hoffen vielmehr, daß man die unberechenbaren Wirkungen des Eindruckes auf Freund und Feind erfasse, wenn von den Ufern des Rheines an jede Hufe Landes der Tapferkeit des deutschen Heeres und der Intelligenz seiner Führer abgerungen werden muß, denen die thatkräftige Vorausicht der Regierungen die ehrenhafte Erfüllung ihres schweren Berufes vorbereitet und eine erfolglose Aufopferung erspart hat.

In dieser Voraussetzung sprechen wir unsere Wünsche für die Reichsfestung Raftatt als eine nationale Anhalt aus. Wenn auch schon viel versäumt ist, so kann gar Viel wieder gut gemacht werden. Damit meinen wir aber keineswegs uns mit der Genehmigung des oben bemerkten Uebergriffes von 788,000 fl. befriedigen zu wollen. Es soll die Festung in vollkommenen Stand gesetzt, und das besetzte Lager, unter Berücksichtigung der größeren Stärke der deutschen Heertheile, in Ausdehnung seines Raumes, in Anzahl und Stärke seiner Werke so hergestellt werden, daß die Erfüllung seiner Bestimmung verbürgt ist. Somit wäre eine gründliche Revision der früheren Anträge vorzunehmen, und aus diesen alle Anlagen in den Baueit aufzunehmen, welche der Zweck der Befestigung, deren Stärke, und der Dienst der Verteidigung erfordert. Es handelt sich vielleicht um zwei Millionen Gulden, welche selbst unter den jetzigen Verhältnissen von dem gesammten Deutschland sehr leicht aufzubringen sind.

Wir fühlen uns nicht zum Lobredner der babilonischen Regierung berufen, aber anerkennen müssen wir, daß sie der nationalen Anhalt große Opfer gebracht hat, die um so mehr gewürdigt werden müssen, als es dem Sonderinteresse nicht eben zuzusetzt, zum Vortheile rückliegender Staaten den Krieg im eigenen Lande festzuhalten.

## Ueber unsere Justizorganisation.

Die neuesten verzweifelsten Vorschläge in diesem Betreff dürfen wohl als beseitigt betrachtet werden, bevor die Erste Kammer darüber förmlich den Stab gebrochen hat.

Allein was ist bei der Erschöpfung des Staatsschatzes an deren Stelle zu setzen?

Der Staatsschatz hat die Mittel nicht, um solche Kollegien von angestellten Richtern einzusetzen, wie die Bezirksstrafgerichte sind, und die durch das Verfahren vor ihnen notwendig sehr vermehrten Untersuchungskosten zu tragen. Die Untersuchungskosten würden deshalb um  $\frac{1}{3}$  vermehrt, weil solche Gerichte die Wahrheit der in Frage stehenden Thatsachen nicht unabänderlich feststellen könnten, also eine Rekursinstanz erforderlich wäre, welche auch in den meisten Fällen benötigt werden würde. Abgesehen von dem Kostenpunkt, würde aber auch die Befähigung der Zeugen durch

ein drittes Erscheinen vor dem Rekursrichter sehr bedenklich erhöht, und wenn alle diese Gründe nicht bestünden, müßte diese Einrichtung deshalb aufgegeben werden, weil man nun einmal, und mit Recht, der Meinung ist, daß Strafen von einiger Bedeutung nur durch vom Volk gewählte Richter zu verhängen seyen. Das Volk würde, wenn es auch die Einsicht und Rechlichkeit angelegter Richter anerkennen muß, doch immer sauer zu ihren Strafurtheilen sehn.

Bei Beantwortung der gestellten Frage kommt nun in Betracht, daß die Zweckmäßigkeit für die bürgerlichen Rechtsachen in erstem Rechtszuge nicht nur keine Kollegien erheischt, sondern sie sogar verwirft.

Will man das Verfahren vor dem Urtheil, welches die Erörterung der in Frage stehenden Thatsachen und Beweise und deren vollständige Sammlung zum Zweck hat, nicht, wie in Frankreich, den Anwälten und ihrer Begierde nach Berufsfälligkeit durch Zerstücklung der Prozesse überlassen, sondern, wie es bisher immer war, dem unbetheiligten, oder vielmehr bei einer Vereinfachung sehr theilhaftigen Richter ferner übertragen, so ist der Einzelrichter — auch der schwächste — hierzu viel geeigneter, als ein Kollegium, weil hiezu nicht viel Urtheil gehört, im Zweifel das superflua non nocent hilft, sein Verfahren aber (besonders nach Einführung der beschleunigten, im Ganzen lobenswerthen Aenderungen der Prozessordnung) viel schneller und (weil nicht durch die Theilnahme von Anwälten bedingt) viel wohlfeiler ist.

Ein Urtheil ist allerdings viel weniger werth, als das eines Kollegiums, allein in den appellablen Fällen ist es weiter Nichts, als ein wünschenswerther Vergleichsvorschlag; die nicht appellablen aber ebenfalls an Kollegien zu weisen, ist noch Niemanden in den Sinn gekommen.

Das Kollegium, welches man verlangt, ist in dem Hofgericht gegeben, vor welchem alles Uebergegangene nachgetragen werden kann; es ist dies aber ein anderes Kollegium, als je ein Kollegialgericht werden zu können hoffen darf.

Verbessert man, wie es vorgeschlagen ist, das Personal der Gerichtsvollzieher und Gerichtsboten, so wie der Einzelrichter selbst, gibt man den Obergerichten durch eine strenge Geschäftsordnung die Mittel an die Hand, Saumseligkeit und Leichtsinne mit schweren Strafen zu bestrafen, beschränkt man die aufschiebende Wirkung der Oberappellation theils unbedingt, theils gegen Kaution, so wird der Zustand unserer bürgerlichen Rechtspflege in kurzem ein idealer seyn, der, was Schnelligkeit und Gerechtigkeit der Entscheidung und Raschheit und Vollständigkeit des Vollzugs betrifft, jeden Vergleich aushalten kann.

In dieser Beziehung ist also der Rath gerechtfertigt, daß man es bei den dormaligen organischen Einrichtungen im Wesentlichen belasse.

In strafrechtlicher Beziehung dürfen wir nach dem Obigen das technische Element ausschließlich nicht festhalten, wenn wir auch in unserm Schutze die Mittel dazu hätten, was aber nicht der Fall ist. Auf der andern Seite dürfen wir es aber eben so wenig vollständig aufgeben, wenn wir nicht Nephisto's perfidem Rath folgen wollen. Also eine Vermählung des technischen und volksthümlichen Elements!

Man lasse alle Sachen, über welche das Bezirksstrafgericht der Strafprozessordnung urtheilen soll, mit einigen Ausnahmen, welche an die Amtsgerichte fallen (z. B. Steuer- und Zollvergehen, Refraktion und Desertion etc.), durch ein Schöffengericht in erstem Rechtszuge aburtheilen.

Es bestehe aus einem vom Großherzog ernannten rechtsgelahrten Präsidenten und fünf Weisern; seyen diese nun wie andere Geschworne oder wie Schöffen durch Wahl Derjenigen, welche den Verwaltungsausschuß wählen, für jeden einzelnen Fall oder für einen gewissen Zeitraum (1-2 Jahre) berufen.

Sein Schuldig sey bedingt durch die Zustimmung des Präsidenten und wenigstens dreier Weisiger. Sein Ausspruch über die Wahrheit von Thatsachen sey unumstößlich; — im Uebrigen Rekurs ans Hofgericht.

Die Ueberwachung des Untersuchungsrichters und Entscheidung aller prozessleitenden Fragen der Voruntersuchung etc. wäre dem Präsidenten allein oder mit Amtsrichtern zu übertragen.

Dies wäre eine Einrichtung, wie sie unsere Voreltern in besseren Zeiten hatten, wie sie in der Schweiz unter allgemeiner Billigung besteht, ähnlich dem englischen Geschäftsgericht. Ihr Prinzip ist von unserm Gesetzgeber schon in dem Schwurgericht und in der neuen Verwaltungsbehörde gebilligt. Sie würde sicher nicht nur gerechte Entscheidungen geben, sondern auch, was fast eben so viel sagen will, dafür anerkannt werden. Die Belästigung würde nur vermögliche und einsichtsvolle, also auch billiger darüber urtheilende Bürger treffen; die Kosten dieser Einrichtung für Entschädigung der Weisiger und die Untersuchungskosten wären endlich mit den Kosten jeder andern Einrichtung gar nicht zu vergleichen. Man hätte eine genügende und zugleich sehr wohlfeile Rechtsanstalt.

### Deutschland.

> **Karlsruhe**, 6. Jan. Der Artikel „von der Schweizergränze“ in der Karlsruh. Z. vom 31. v. M. hat wohl Recht, wenn er sagt, daß nach der jetzigen Lage der Dinge den Beamten, welche gegen die Revolutionäre nicht mit allem Ernste des Gesetzes einschreiten, die Entschuldigungen nicht mehr zu Statten komme, die sie früher in dem Terrorismus der Meinungen und in der allgemeinen Verwirrung der Bande der Ordnung finden mochten. Der dort erzählte Fall vermeintlicher Muthlosigkeit eines Beamten beruht aber nach sichern Nachrichten auf einem Irrthume. Allerdings wurde in Lörach ein Mann eingebracht, aber von einem höhnischen Benehmen desselben gegen die Diener des Gesetzes und die Freunde der Ordnung war keine Rede.

Auch war der Mann kein Septemberterrorist, wie dort unterstellt wird. Seit seinem frühern Benehmen, das, wie bei Andern, unter die Amnestie fiel, hatte er Nichts mehr verschuldet, und seine Gefangennahme beruhte lediglich

auf einem Irrthume. Demnach ist hier auch gegen die Behörde, die ihn alsbald auf freien Fuß stellte, überall kein Vorwurf begründet.

> **Von der Wurg**, 31. Dez. Der letzte Tag dieses Jahres ist angebrochen, — eines Jahres, das, wie wenige in der Geschichte, sturm- und drangvoll war, das viele großartige Erhebungen der Völker, viele herrliche Thaten einzelner Männer, aber auch manche Schandthat von menschlichen Wesen zählt. Der letzte Tag dieses Jahres ist verfloßen, in dessen Kreislauf die mächtigsten Königreiche der Erde in ihren Grundfesten erschüttert wurden. Throne wankten, stürzten. Ihr Fall war die Lösung zu neuen Stürmen, zu neuem Umschwunge des staatlichen Lebens der Völker Europa's. Auch unser deutsches Vaterland wurde hingerissen in den Alles überwältigenden Strom der Völkerbewegung. Großartig war die Erhebung des deutschen Volkes; ihr konnten die Großen der Nation nicht widerstehen. Was das deutsche Volk, was seine edelsten Söhne längst in Gerechtigkeit gefordert, — es wurde ihm gegeben.

Das deutsche Volk hätte glücklich werden können; aber den Mißbrauch der Freiheit von Seiten Einzelner, das Zusauchen des bethörten Volkes bei den Reden der es täuschenden Führer mußte es schwer büßen. Noch sind die Wunden nicht vernarbt, die solche Erscheinungen, wie wir sie in unserm bairischen Oberlande dieses Jahr zweimal zählten, dem bürgerlichen und häuslichen Leben zueigen. Es trauert das Herz des Vaterlandsfreundes ob des Glends, das in den Hütten des Volkes sich häuft und das es größtentheils selbst verschuldet.

Es gab Tage in diesem Jahre, in denen jedes deutsche Herz vor Freude höher schwoh, wo jeder Deutsche mit Stolz sich Deutscher nannte: — es sind jene Tage, wo die Männer des Volkes zusammentraten zum friedlichen Baue der Einheit und Freiheit; es sind jene Tage, wo, von den Volkstrettern gerufen, ein schlichter Mann aus altem königlichem Geblüte die oberste Lenkung des deutschen Gesamttheils übernahm. Jene Tage — ich zähle sie unter die schönsten meines Lebens — werden nimmer und nimmermehr meinem Gedächtniß entschwänden. Die sichere Hoffnung, uneres Volkes Macht und Größe wieder hergestellt und fest begründet zu sehn, erfüllte jedes Deutsche Herz.

Doch jetzt — Gott hat es anders gewollt. Jene Hoffnung scheint vereitelt. Das Band der deutschen Einheit droht mitten anscheinend zu reißen ob des nichtigen Streites, wer des deutschen Reiches würdigstes Oberhaupt wäre, ob der Sabsburger oder Hohenzollern. Möge es der Himmel zum Besten lenken. Daß er es wird, hoffe ich.

> **Stuttgart**, 31. Dez. (Nürnb. Kor.) Ich hatte gestern Gelegenheit, einen unserer Minister über die durch viele deutsche Blätter gegangene Zeitungsnachricht sich auszusprechen zu hören, daß ein Bündniß zwischen Oesterreich, Bayern, und Würtemberg gegen die preussische Hegemonie bestehe, dessen Vertragsurkunde viele Personen in Frankfurt gesehen hätten. Derselbe erklärte diese Nachricht, wenigstens so weit sie Würtemberg betreffe, für eine eben so abgeschmackte als erbärmliche Lüge, und fügte hinzu, daß, wenn alle deutschen Regierungen in dieser Frage so unbefangenen wären, als die württembergische, man zum Reichsverweser oder Kaiser machen dürfte, wen man wollte.

> **Stuttgart**, 5. Jan. In der gefrigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung veranlaßte ein von der Finanzkommission der Kammer und dem Publikum übergebener, einleitender Bericht zu dem Finanzetat von 1848 und 1849 eine längere Diskussion.

Den Bericht selbst können wir ohne Bedenken eine Partheischrift nennen, in welcher Alles, was von frühern Finanzverwaltungen geschehen ist, der schonungslosesten Verdammung übergeben wird. Die Kommission weist in diesem Bericht nach, daß seit 1830 bis 48 die Staatsausgaben sich jährlich um 2,300,000 fl. vermehrt haben, und unterwirft es ferner einer scharfen Kritik, daß daneben auch die Staatseinnahmen in derselben Zeit jährlich um 3,770,000 fl. ange schwollen seyen. Wer diesen Bericht mit einiger Aufmerksamkeit liest, kann gewiß der Finanzkommission das Zeugniß nicht verweigern, daß sie durch denselben eine Unparteilichkeit, Unbefangenenheit, und staatsmännische Weisheit an den Tag gelegt hat, welche bisher wohl noch kaum in den Annalen irgend eines Parlaments erreicht wurde.

Der Vorstand des Finanzministeriums, Staatsrath Goppelt, zeigte in einer klaren Darlegung der Sachverhältnisse die Einseitigkeit und Mangelhaftigkeit jenes Kommissionsberichtes. Er räumte ein, daß die letzte Finanzperiode ein Defizit von 3 Millionen ergebe. Er wies aber auch nach, daß das Theuerungsjahr 1846/47 den Staat allein an 5 Millionen, die nothwendig gewordenen militärischen Rüstungen die Staatskasse über 2 Millionen gekostet haben, und daß ferner eine Summe von 800,000 fl. an dem Ertrage der Forsten ausgefallen sey, daß mithin bei dieser Mehrausgabe von beinahe 8 Millionen ein Defizit von 3 Millionen der frühern Verwaltung wohl eher zur Ehre, als zum Tadel gereiche. Wir waren früher öfters in Opposition mit einzelnen Diensthandlungen des Finanzministers v. Gärtner, aber wir müssen in diesem Falle dem der frühern Verwaltung gegebenen ehrenvollen Zeugniß des gegenwärtigen Departementschefs unsern vollen Beifall zollen.

v. Hornstein unterwarf den Kommissionsbericht einer scharfen und treffenden Kritik. Er führte sehr richtig an, daß allein die steigende Bevölkerung unseres Landes ein Anschwollen der Staatsausgaben unvermeidlich mache, und bemerkt weiter mit vollem Recht, daß er es nicht billigen könne, daß die Finanzkommission einen unsere Finanzlage übertrieben ungünstig schildernden Bericht in das Publikum in einem Augenblick schleudere, wo der Staat genöthigt sey, zur Deckung seiner Bedürfnisse zu fremden Geldmitteln zu greifen.

Staatsrath v. Wächter, welcher in dem mehrfach erwähnten Bericht auch einen Angriff gegen die Wirksamkeit

früherer Ständekammern erblickte, ließ über denselben eine scharfe Philippika ergehen, und zeigte durch nackte Thatsachen und durch Zahlen die große Mangelhaftigkeit des Berichtes. Während dieses schneidenden Vortrages, der wie Scheidewasser in viele Verhältnisse einbrang, sahen wir zwar die Abgg. Schniger, Süßkind, und andere, welche im Bewußtseyn ihrer unfehlbaren staatsmännischen Weisheit und ihrer langen (dreimonatlichen) parlamentarischen Erfahrung mitleidig zu den Worten Wächters die Achsel zuckten; aber sie mögen es uns zugute halten, wenn sie uns dadurch in unserer Anschauung keineswegs beirrt haben.

Ein Zwischenfall eigenthümlicher Art darf hier nicht übergangen werden. Der Kanzleirektor im Ministerium der Finanzen und Abgeordnete Zeller, der früher ein ganz vorzüglich treuer Diener der frühern Finanzverwaltung war, gehört zu der Finanzkommission, und vertheidigte den Inhalt des erwähnten Berichtes. Der Kanzler v. Wächter, gereizt durch Aeußerungen des Hrn. Kanzleirektors, las eine von demselben dem Finanzminister v. Gärtner bei dessen Dienstaustritt im vergangenen Frühjahr gegebene schriftliche Erklärung vor, in welcher der Hrn. Kanzleirektor seinem verehrten frühern Chef seine volle Anerkennung über dessen musterhafte und gewissenhafte Geschäftsführung aussprach. Der Schlag war hart, wir wollen es nicht leugnen; sehn wir, wie Hr. Zeller ihn zu pariren suchte. Er unternahm Dies durch die ewig denkwürdigen Worte: „Man kann eine Erklärung, wie die von mir ausgegangene und eben verlesene, geben, aber deshalb doch mit dem Systeme der Verwaltung nicht einverstanden seyn.“ Ein schallendes Gelächter auf den Gallerien und auf den Bänken der Abgeordneten beaufundete, daß man die Rechtfertigung des Hrn. Zeller gebührend zu würdigen wußte.

Wir sahen in diesem Augenblick in Hrn. Zeller einen Vertreter des Volkes, und knüpften an diese Anschauung unsere eigenthümlichen Betrachtungen.

> **München**, 4. Jan. (Allg. Z.) Der Erfinder der Stenographie, Ministerialsekretär Gabelsberger, welcher erst in den jüngsten Tagen durch Zuerkennung eines lebenslangen Jahresgehalts einigermaßen für die großen Verdienste belohnt wurde, die er durch seine Erfindung um die wissenschaftliche, ganz besonders aber die parlamentarische Welt sich erworben hat, verstarb plötzlich in Folge eines Schlagflusses, welcher ihn auf öffentlicher Straße heute Morgens 10 Uhr ereilt hat.

> **Frankfurt**, 5. Jan. (D. P. A. Z.) Nachstehendes ist der Text der in den letzten Tagen mehrfach erwähnten österreichischen Note:

Wien, 28. Dez. 1848. Ohne in eine erschöpfende Erörterung des von dem Hrn. Minister v. Gagern der deutschen Nationalversammlung vorgelegten Programms einzugehen, was einem andern Zeitpunkt vorbehalten bleibt, glaube ich dennoch die Aufmerksamkeit des Ministers schon heute auf nachstehende Punkte lenken zu müssen.

Es wird in Ihrem Programm von der Ansicht ausgegangen, als spreche Oesterreich an, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht einzutreten, d. h. sich von demselben auszuscheiden. Die Darlegung der Politik des österreichischen Kabinetts, wie sie am 27. v. M. zu Kremsier geschehen ist, hat jedoch ausdrücklich die Regelung der deutschen Verhältnisse einer weitem Vereinbarung vorbehalten, und eine Absicht, wie sie uns in dem Programm des Hrn. v. Gagern unterlegt wird, keineswegs ausgesprochen.

Es ergibt sich daraus, daß, wenn wir die Prämisse nicht zugeben, wir uns auch mit den weitern Folgerungen unmöglich für einverstanden erklären können. Oesterreich ist heute noch eine deutsche Bundesmacht. Diese Stellung, herorgegangen aus der naturgemäßen Entwicklung tausendjähriger Verhältnisse, geruht es nicht aufzugeben. Kann es gelingen, wie wir aufrichtig wünschen und gern erwarten, daß eine innigere Verschmelzung der Interessen der verschiedenen Bestandtheile Deutschlands zu Stande gebracht werde, wird das Verfassungswerk, an welchem Oesterreich sich betheiligt, auf eine gedehnte Weise seinem Ziele zugeführt, so wird Oesterreich in diesem neuen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen. Jedenfalls würde der künftigen Gestaltung des bisherigen deutschen Staatenbundes auf eine wesentliche Weise vorgegriffen, wollte man schon jetzt das Ausscheiden Oesterreichs aus dem, wie es in dem genannten Programm heißt, „zu errichtenden Bundesstaat“ als eine ausgemachte Sache annehmen.

Eine Folgerung dieser von uns als unstatthaft zurückgewiesenen Voraussetzung scheint die von dem Hrn. Minister bei der Nationalversammlung nachgesuchte Ermächtigung, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem österreichischen Kaiserreich anzuführen zu dürfen. Wir haben, eben so wie alle andern deutschen Bundesstaaten, einen Bevollmächtigten am Sitze der Zentralgewalt. Seine Vermittlung wird, wie bisher, hienreich, den Geschäftsverkehr mit dem Ministerium zu unterhalten. Erw. werden demnach beauftragt, bei Hrn. v. Gagern dahin zu wirken, daß er von dieser Anknüpfung einer diplomatischen Verbindung aus den oben angedeuteten Gründen abstehe.

Das, was wir suchen, ist eine gedehnte Lösung der großen Frage. Diese wird nur — davon möge der Hr. Minister überzeugt seyn — auf dem Wege der Verhandlung mit den deutschen Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnimmt, zu erreichen seyn. Gern sind wir bereit, ihm bei dem schwierigen Werke die Hand zu reichen. Wir erwarten auch seinerseits — und seine ausgezeichneten staatsmännischen Eigenschaften rechtfertigen diese Hoffnung — eine richtige Würdigung der Verhältnisse und jenes bereitwilligen Entgegenkommens, das allein zu einer befriedigenden Lösung führen kann. Empfangen etc. Schwarzenberg.

> **Mainz**, 5. Jan. Durchschnittspreise der in Mainz vom 30. Dez. bis zum 5. Jan. verkauften Früchte: — Weis- mehl, per Mtr. zu 140 Pfd., 8 fl. 20 fr. — Roggen- mehl, per Mtr. zu 140 Pfd., 6 fl. — fr. — 98 Sacke zu 200 Pfd. Weizen, 8 fl. 42 fr. — 27 Sacke Korn 5 fl. 41 fr. — 49 Sacke Gerste, 5 fl. 41 fr. — 43 Sacke Hafer, 6 fl. 12 fr. Hievon wurden am heutigen Markttage verkauft: 98 Sacke Weizen, 8 fl. 42 fr. — 27 Sacke Korn, 5 fl. 41 fr. — 40 Sacke Gerste, 5 fl. 47 fr. — 43 Sacke Hafer, 6 fl. 12 fr. Außerhalb derselben: 9 Sacke Gerste, 5 fl. 15 fr.

> **Kassel**, 4. Jan. Wir sehn in der morgenden Sitzung

des Landtages einer wichtigen Entscheidung entgegen: das neue Wahlgesetz steht in Frage. Von dem vorigen Landtage angenommen, kommt es auf dem gegenwärtigen Landtage verfassungsmäßig noch einmal zur Berathung, und bereits ist in der Sitzung vom 21. Dezember mit 23 Stimmen gegen 19 der wichtige Paragraph, der über die Zusammenfassung der Kammer handelt, verworfen worden.

Mit Mühe wurde die Vertagung der ferneren Verhandlung bis zum 5. Januar durchgesetzt, und der morgende Tag wird nicht bloß über das Schicksal des Gesetzentwurfs, sondern vielleicht auch über die Existenz des Ministeriums, welches ihn vorgelegt hat, entscheiden.

**Arnstadt, 31. Dez. (D. allg. Z.)** Heute früh 3 Uhr weckten uns die Alarmsignale der hier stationirten sächsischen Reichstruppen. Auf Befehl des Bataillonskommandanten, der mit der 6. und 8. Kompagnie des 2. Bataillons vom Leib-Infanterieregimente in Gotha liegt, mußte die hier stationirte 5. und 7. Kompagnie zur Verstärkung nach Gotha, wo arge Erzeße von Seiten der Bürger gegen die Sachsen vorgekommen seyn sollen.

An die Stelle der heute früh nach Gotha abmarschirten zwei Kompagnien ist heute Mittag von Stadtkm eine Kompagnie sächsischer Schützen eingetroffen.

**× Aus Preußen, 3. Jan.** Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel hat so eben ein Rundschreiben an die k. Regierungen gerichtet, welches ihm zu hoher Ehre gereicht, und vor welchem alle die gehässigen und ungereimten Insinuationen verstummen müssen, mit denen man selbst noch in neuester Zeit ein Ministerium anfeindete, welches das unverzeihliche Verbrechen begangen, mit kräftiger Hand Gesetz und Ordnung wiederhergestellt zu haben. Es bezieht sich das genannte Rundschreiben auf die der Regierung anonym zugehenden Denunziationen gegen Beamte.

„Ich glaube“ — sagt der Minister — „es dem Beamtenstande wie dem Publikum schuldig zu seyn, daß solchen Anklagen, deren Ursprung nicht einmal zu ermitteln, welche von Hause aus sich in Dunkel hüllen, keine Folge gegeben werde. Nur in Zeiten der Anarchie und Gesetzlosigkeit mag vielleicht die Beförderung, Verfolgungen ausgesetzt zu werden, gegen welche kein Schutz zu erlangen wäre, es entschuldigen, wenn der Ankläger seinen Namen verschweigt. Gegenwärtig aber, wo die Herrschaft des Gesetzes überall hergestellt ist und die Behörden dieselbe bei Vermeidung der strengsten Ahndung aufrecht zu erhalten verpflichtet sind, würde es, abgesehen von der Schwierigkeit, welche die Anonymität des Beschwärdeführens der Feststellung des Thatbestandes entgegensetzt, der Würde der Regierung nicht angemessen seyn, auf Denunziationen einzugehen, deren Urheber das Licht scheuen. Ich nehme daher keinen Anstand, auszusprechen, daß anonyme Anzeigen meinerseits keine Berücksichtigung finden werden, und erwarte ein gleiches Verfahren von den Beamten meines Departements. Die Letzteren werden überdies dem gehässigen und entsetzlichen Denunziantenwesen dadurch am kräftigsten Einhalt thun, wenn sie demselben durch strenge und furchtlose Pflichterfüllung, so wie durch energische Handhabung des Gesetzes jeden Vorwand rauben.“

**○ Berlin, 3. Jan.** Die eben erschienene amtliche Darlegung des Staatshaushalts für das Jahr 1849, woraus sich ergibt, daß die Ausgaben des preussischen Staates die Einnahmen in dem verfloßnen sturmbelegten Jahre um etwa 5 1/2 Millionen überstiegen haben, hat einen sehr günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung hervorgebracht, da man das zu deckende Defizit weit höher angeschlagen hatte. Die finanzielle Lage Preußens ist somit in Erwägung der außerordentlichen Umstände noch immerhin als eine befriedigende zu bezeichnen.

Wie man hört, dürfte auch gegen den Abg. Waldeck und gegen andere Abgeordnete der aufgelösten Nationalversammlung eine Voruntersuchung eingeleitet werden, da man Papiere auf die Spur gekommen seyn soll, welche darauf hindeuten, daß jene Abgeordnete die Bildung und Einsetzung einer provisorischen Regierung beabsichtigt haben.

Hauptmann Loos, welcher seit einer Reihe von Jahren der preussischen Gesandtschaft in Paris wegen seiner genauen Kenntniß der Pariser Zustände zur Seite gegeben ist, hat auf sechs Wochen Urlaub erhalten. Man sieht hierin einen Beweis weiter, daß man die dermalige Gestaltung der Dinge in Frankreich nicht als bedenklich für die Aufrechthaltung des Friedens erachtet.

In Rücksicht auf die Lage unserer Künstler, welche durch die Stürme der Zeit am empfindlichsten getroffen worden sind, hat unser König beschlossen, die Kuppel der Kirche in Potsdam ausmalen zu lassen, um durch diese Freskomalereien wenigstens einer Anzahl Künstler Beschäftigung zukommen zu lassen. Wer unter unsern bedeutenden Künstlern die Leitung dieser Freskomalereien erhalten wird, ist noch nicht bekannt.

**† Berlin, 3. Jan.** Gestern Abend hielten der patriotische Verein und der Preussenverein im Englischen Hause Sitzung, und wurden daselbst, wie wir vernahmen, aufgehoben. Der Belagerungszustand schneidet daher, um mit Hansmann zu reden, nicht bloß der Opposition ins Fleisch.

In Breslau soll neuerdings sehr viel gestohlen worden, und die Polizeibehörde noch wenig in Uebung seyn, die junge Freiheit der Habeas-Corpus-Akte mit der alten Ordnung eines gesicherten Eigenthums zu vereinbaren. Einige bestohlene Eigenthümer sollen in Folge dessen reaktionärer Gesinnungen stark verdächtig seyn.

**Königsberg, 28. Dez. (B. Z.)** An unserer Ostbahn soll den ganzen Winter hindurch gearbeitet werden. Auf der in diesem Jahr in Angriff genommenen Strecke von Driefen bis Schneidemühl (7 1/2 Meilen) sind die Erdarbeiten jetzt fertig geworden. Im nächsten Jahre soll hauptsächlich im Bromberger Kreise gearbeitet werden.

**○ Posen, 1. Jan.** Die Wahl Ludwig-Napoleons zum

Präsidenten der französischen Republik hat die Hoffnungen der polnischen Partei aufs neue geschwellt, obgleich man sich schwerlich bereits darüber klar ist, in welcher Weise diese Wahl für den Traum einer Wiederherstellung des Reiches der Pfaffen auszubeuten wäre. Es ist übrigens eine eigenthümliche Erscheinung, daß die Agitation zum Zweck der Einführung polnischer Abgeordneten in die preussischen Kammern gänzlich aufgegeben scheint, und daß man gegenwärtig in der engsten Verbindung mit der „deutschen Demokratie“ sein Heil sucht.

Jacoby und andere der bedeutendsten Mitglieder der Linken haben demnach gegründete Aussicht, in den polnischen Wahlbezirken gewählt zu werden. Ob die Polen richtig gerechnet haben, wird die Zukunft zeigen.

**Aus der Provinz Sachsen, 29. Dez. (Märn. Korr.)** Die Wahlkämpfe haben hier die Parteien wieder heftig gegen einander geführt, nachdem die Novemberereignisse die Politik auf kurze Zeit in den Hintergrund gedrängt hatten. Besonders heftig wird von den entgegengesetzten Parteien auf dem Lande in der Umgegend von Nordhausen agitiert.

Der Prediger Balzer in Nordhausen ist wegen der Steuerverweigerung bereits in eine Voruntersuchung verwickelt und schon zweimal vernommen worden. Auch gegen Diafonus Schüler wird eine Untersuchung beabsichtigt; man beschuldigt ihn, mehrere Dorfschulzen zur Steuerverweigerung aufgefordert zu haben.

**Wien, 29. Dez. (Berl. Nachr.)** Das Fremdengesetz scheint hier ernstlicher zur Ausführung zu kommen, und viele Ausländer haben Pässe erhalten; auch sind gestern zwei der ärgsten bekannnten Wähler und Mitglieder des demokratischen Klubs, Gentill und Nivarz, Ersterer nach den Märztagen als Spion Karl-Albert's und später Kossuth's bekannt, festgenommen worden.

Der bekannte Reichstags-Deputirte Kublich, welcher sich in unsern Revolutionstagen durch seine Mission in die Provinzen, um die Bauern zu einem Landsturm gegen die bestehende Regierung zu vermögen, einen traurigen Namen machte, soll sein Mandat als Deputirter niedergelegt haben.

**Wien, 2. Jan. (St. K.)** Aus Ungarn erfährt man, daß der Haupttheil der Armee vor Ofen steht. Die Gesinnung der Bürger und selbst des Proletariats stößt Kossuth ein solches Mißtrauen ein, daß eine allgemeine Entwaffnung angeordnet ward.

#### Österreichische Monarchie.

**Aus dem Banat. (Def. Lloyd.)** Nach der Niederlage von Jarfowacz ließ der magyarische Kommandant zwei junge serbische Pfarrer, Georg Welezki und Duschkan Wufonjansky, den ersten mit dem Strang hinrichten und den zweiten in mehrere Stücke zerhauen. Weiber, wehrlose Kinder, und Greise ließ er auf einem freien Platz bei Jarfowacz entfleiden und sie dann durch die Kavallerie erbarmungslos niederhauen.

**Schäßburg, 11. Dez. (D. allg. Z.)** Die meisten Herden der magyarischen Rebellion, Udvarhely, Maros-Basarhely, Enyeh, Thorda, Klausenburg, sind nun entwaffnet und besetzt; aber ein schweres Stück Arbeit ist noch übrig: Esik und Haromszel sind noch nicht unterworfen. Esik unterhandelt, wie es heißt; aber Haromszel will sich wehren bis aufs Aeußerste; ganz natürlich, da sind die Häupter des Aufstandes, da die Offiziere, welche Ehre und Leben verwirkt haben, da kämpft die Verzweiflung.

Es soll ihnen gelungen seyn, die Verteidigungslinie der Kaiserlichen bei Marienburg zu durchbrechen. Marienburg und Honigberg haben sie bereits verbrannt. Militär und Kronstädter Bürgerwehr haben sich hinter die Mauern von Kronstadt zurückgezogen. Das Burgenland ist preisgegeben und wird in wenigen Tagen zur Wüste werden. Denn das ist — könnte ich es mit der Stimme des Donners allen gebildeten Bülkern, besonders denen, die sich vom Lügenhymne magyarischer Hochherzigkeit, von ihrem brüderlichen Freiheitsstreben haben blenden lassen! — das ist eine schauderhafte Erfahrung, die wir jetzt machen, daß Türken und Tataren Engel seyn mögen gegen die raffinierte Grausamkeit der Magyarenhorden. Hatte man den Türken die schwere Brandschazung ausbezahlt, dann hielten sie das gegebene Wort der Schonung. Haben diese aber geplündert und gebrandschazt, dann zünden sie an, morden, zerstören Kirchen und Schulen.

Das schöne, blühende Aeen haben sie vollständig zerstört, über 100 wallachische Dörfer verbrannt, während man ihre Dörfer und Städte menschlich schonet. An Edelhöfen und Cellen wird vom wallachischen Landstürme freilich auch Grausamkeit verübt; aber wer hat die Furie geweket und losgelassen? Dahin hat uns die magyarische Brüderlichkeit gebracht!

#### Frankreich.

**— Paris, 3. Jan.** Die Eröffnung des vielbesprochenen diplomatischen Kongresses zu Brüssel wird mit jedem Tage problematischer. Die toscanische Regierung hat in der Person des Komthurs Martini einen Bevollmächtigten zu diesem Kongress ernannt; dagegen ist nun der Marschese Ricci, welcher den König von Sardinien dabei vertreten sollte, vor zwei Tagen in aller Eile von hier nach Turin zurückberufen worden, wodurch natürlich die Eröffnung des Kongresses abermals verspätet wird, falls es überhaupt noch zu einem Kongress kommen sollte. Allein es scheint, daß Gioberti, wohl einsehend, wie wenig Sardinien mit seinen überspannten Ansprüchen von dem Kongress zu erwarten hat, und wie wenig es hoffen darf, für sardinische Vergrößerung, dem König Karl Albert zuliebe, Frankreich und England gegen Oesterreich ins Feld rücken zu sehen, — es scheint, sage ich, daß Gioberti, anstatt die Lösung der italienischen Frage in einem Kongress zu suchen, den ohnehin überwältigten Knäuel vollends so verwirren will, daß, wenn Gioberti stürzt, kein Minister nach ihm eine Möglichkeit vor sich behalte, den

Knäuel wieder abwinden zu können. „Hinter uns die Sündfluth!“

**† Paris, 4. Jan.** Der heutige Moniteur bringt die Ernennung des Admirals Cécile zum Gesandten in Großbritannien. (Hieronymus Napoleon ist also in seinen Erwartungen getäuscht.)

Die Untersuchung gegen die Mörder des Generals Bréa und des Hauptmanns Mangin ist beendet. Es werden 25 Angeklagte vor das Kriegsgericht gestellt; die Verhandlung beginnt am 10.; die Anzahl der Belastungs- und Entlastungszeugen beträgt über 150.

Die verbannten Minister kehren nach und nach zurück. Der ehemalige Justizminister Hebert hat einem Freunde geschrieben, daß er wieder nach Paris kommen und sich hier als Advokat niederlassen wolle.

Briefe aus Caen melden, daß von den zuletzt freigelassenen amnestirten Juniinsurgenten etwa 50 auf dem Wege von Cherbourg nach Paris sich in Caen aufhielten, heftige Drohungen gegen die Nationalgarde und die Regierung ausstießen etc., so daß zuletzt die Nationalgarde von Caen unter die Waffen trat und die kaum erst freigelassenen wieder verhaftete. Der Präfekt läßt sie unter Begleitung nach Paris führen.

#### Vermischte Nachrichten.

— Französische Blätter geben folgendes Verzeichniß der Minister, welche seit dem 24. Febr. aufeinander gefolgt sind. Kriegsministerium: Subervie, Arago, Charra (interimistisch), Cavaignac, Lamoricière, Rulhières. Auswärtige Angelegenheiten: Lamartine, Bastide, Bebeau (titular), Bastide, Drouin des Lhuys. Inneres: Ledru-Rollin, Recurt, Senard, Dufaure, Maleville. Finanzen: Goubaur, Garnier-Pagès, Duclerc, Goubaur, Trouvé-Chauvel, Passy. Marine: Arago, Casy, Bastide, Berninac, Tracy. Öffentliche Arbeiten: Marie, Trelat, Recurt, Bivien, Leo Haucher. Ackerbau und Handel: Bethmont, Flocon, Tourret, Bixio. Justiz: Cremier, Bethmont, Marie, Odilon Barrot. Unterrichtsweisen und Kultus: Carnot, Baulabelle, Freslon, Fallour. (Die letzte Kabinettsänderung ist, wie man sieht, noch nicht mitgerechnet.)

— Die Deutsche Zeitung, bemerkt das Frankfurter Journal, hatte jüngst hat: „Die Preußen, die Oesterreich!“ den kostbaren Druckfehler: „In Preußen, in Oesterreich!“

— Die Ulmer Chronik schreibt: „Der Oktoberschaden in Wien beläuft sich auf 31,350,000 fl. Reichswährung, dazu 177,500 fl. Schaden an den Kasernen allein. Wien, als Gemeinde, ist beinahe ganz verarmt, und soll diese ungeheure Summe als Entschädigung zahlen. Das haben die Schurken verschuldet, welche die Selbstzerstörung eine „deutsche Erhebung“ nannten!“

#### Entgegnung.

**Vörsach, 4. Januar 1849.** Ein Korrespondent von der Schweizergränze sah sich in Nr. 333 der Karlsruher Zeitung vom 31. Dezember v. J. veranlaßt, die Freilassung eines von dem Militär in einem Gränzdorfe arretrirten wilden Terroristen des Septemberaufstands zu rügen und diese Handlung des Amtes bei der Hilfe bedeutender Militärkräfte für eine nicht zu entschuldigende Schwäche zu erklären. Der Korrespondent gründet sein Urtheil allein auf die Thatfache der Freilassung des Arretirten, ohne nach dem Grund derselben zu fragen, nach welchem er sich doch vorher hätte erkundigen sollen, wenn er anders vor der Veröffentlichung seines Artikels eine Regel der Vorsicht und der Klugheit hätte befolgen wollen.

Der fragliche wilde Terrorist war schon vor dem Struvschen Einfall dahier verhaftet, wurde aber, als Struve sein Umwesen hier trieb, von demselben mit noch einem andern Gefangenen auf freien Fuß gesetzt.

Dieser Befreiung aus der Haft konnte der gewesene Arretirant nur durch Theilnahme an dem Freischaaenzug entsprechen, wie es denn hierorts Jedermann bekannt ist, daß, wer in die Hände Struves und seiner Genossen fiel, keine andere Wahl, als zum Mitzug hatte.

Alsobald nach der Niederlage der Freischaaen bei Staufen stellte sich derselbe freiwillig wieder zur Haft und wir haben keinen Anstand genommen, solche über ihn zu verhängen, obgleich die Gegend von flüchtigen fremden Freischaaen noch sehr unsicher, ja Stadt und die Gränzorte von dem Einfall der aus Frankreich an den Rhein herangezogenen Arbeiter sehr bedroht und militärische Hilfe noch in großer Ferne war. Er blieb verhaftet, bis das Untersuchungsgericht die Untersuchung gegen ihn eingeleitet hatte, und ein weiterer Verwahrsam — wie noch bei vielen andern Theilnehmern — nicht mehr nothwendig schien.

Das er nun, auf freien Fuß gesetzt, in der ersten Hälfte des Dezembers von Vörsach aus einem Gränzort passirend, von dem Militär angehalten, arretrirt, und nach Vörsach zurücktransportirt wurde, hat lediglich seinen Grund darin, daß man in dem Gränzdorfe von der früher stattgehabten Prozedur keine Kenntniß hatte; für das Amt aber konnte unter diesen Umständen kein Grund vorliegen, ihn nochmals zu verhaften und nochmals in Untersuchung zu nehmen, und zwar um so weniger, als Dieses schon früher geschehen war, und er sich seit seiner Entlassung aus dem Verhaft weder ein polizeiliches noch ein strafrechtliches Vergehen hat zu Schulden kommen lassen.

Wenn nun dieser Mann früher zweimal in Verhaft genommen wurde, wo dem Amte noch keine Militärkräfte zur Seite standen, und wenn er später von dem Militär arretrirt, von dem Amt aber seines Weges entlassen wurde, so kann in dieser Entlassung gegenüber der frühern Verhaftnahme gewis keine Schwäche, sondern in derselben nur eine Handlung erblickt werden, welche nach der Sachlage die allein zulässige war.

Erter.

Bei der Expedition der Karlsruher Zeitung sind eingegangen:

Für die Hinterbliebenen des dieser Tage verstorbenen Arbeitsgehilfen (Ausruf in Nr. 3 der Karlsruh. Z.) bis zum 4. d. M.: 8 fl. 6 kr. Ferner von F. S. B. 30 kr.; einem Ungenannten 12 kr.; von Clementine 1 fl.; einem Ungenannten 12 kr.; einem Ungenannten 1 fl.; v. M. 2 fl. Zusammen 13 fl.

Für die sehr zahlreiche Familie des verstorbenen Joseph Denu in Reuslag (Ausruf in Nr. 1 der Karlsruh. Z.) bis zum 4. d. M. 59 fl. 41 kr. Ferner von einem Ungenannten 30 kr.; F. C. 36 kr.; F. S. B. 1 fl.; D. D. 30 kr.; W. M. 1 fl.; einem Ungenannten 12 kr.; J. G. 1 fl.; J. S. 30 kr.; D. F. B. in Donaueschingen 1 fl.; einem Ungenannten 1 fl.; L. 1 fl.; Döschhaupfeler Demmer 2 fl. 42 kr.; v. M. 4 fl. Zusammen 74 fl. 41 kr.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Gieshe.

